

Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales | Protokoll



Dienstag, 28. Mai 2019
11:00 - 14:00 Uhr



Deutscher Musikrat
Generalsekretariat
Schumannstraße 17
10117 Berlin



Anwesend

Hartmut Karmeier (Vorsitz), Susann Eichstädt, Wolfgang Greth, Prof. Rico Gubler, Prof. Christian Höppner, Wilhelm Mixa, Tanja Ratzke, Gabor Scheinpflug, Christine Stein

Entschuldigt

Peter Stieber

TOP 1

Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Karmeier begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung kurz vor.

Beschluss ES	Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.
-----------------	---

TOP 2

Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Gubler bittet um folgende Ergänzung des Protokolls vom 12. Februar 2019 unter TOP 11: „Der wichtige Punkt sei dabei die Gefahr des Mangels in der Qualitätssicherung“.

Beschluss ES	Das Protokoll der letzten Sitzung wird mit einer Ergänzung des letzten Satzes von TOP 11 „Der wichtige Punkt sei dabei die Gefahr <u>des Mangels in</u> der Qualitätssicherung“ angenommen.
-----------------	---

TOP 3

Berichte der Mitglieder des Bundesfachausschusses

Höppner berichtet, dass Karmeier erneut zum Vorsitzenden des Fachausschusses Arbeit und Soziales des Deutschen Kulturrates gewählt worden sei und beglückwünscht ihn dazu. Karmeier dankt und berichtet, dass der Deutsche Kulturrat im September eine Stellungnahme zum Thema Grundrente veröffentlichen werde. Weiterhin berichtet er, dass die Beschlussempfehlung des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales zu Honorarmindeststandards für Musikerinnen und Musiker vom Präsidium des Deutschen Musikrates am 15. Februar 2019 einstimmig beschlossen worden sei. Höppner ergänzt, dass das Thema beim Deutschen Musikrat auf der Agenda stünde und auf Bundesebene kommuniziert werde.

TOP 4

Umsatzsteuerproblematik

Mixa berichtet zu einer Entscheidung des EuGH vom 14.03.2019 (C-449/17, DStR 2019, 620) sowie der sich daraus ergebenden Problematik im Bereich der Umsatzsteuerbefreiung. Die geplante Reform des Umsatzsteuerrechts sehe eine engere Auslegung der steuerfreien Unterrichtsleistungen vor und bedeute eine gravierende Verschlechterung der Situation von privaten Musikschulen. Mixa würde als Lösung einen ermäßigten Steuersatz für alle vorschlagen, was eine Art Subventionierung bedeuten würde. Es stelle sich zunächst die Frage, wie die Umsatzsteuerproblematik vom Deutschen Musikrat kommuniziert werden könne. Im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages werde diese Problematik nicht diskutiert, bzw. nur am Rande, dafür allerdings im Finanzausschuss. Es bräuchte einen Ansprechpartner, der kulturraffin sei, aber aus dem Finanzbereich stamme.

Greth merkt an, dass es schwierig sei eine fachkundige Stellungnahme zu dieser Problematik zu erhalten, da die Materie sehr komplex sei. Gubler ergänzt, dass viele Bereiche in die Steuerpflicht kämen und dies zu Schwierigkeiten führen werde. Anschließend werden Einzelaspekte diskutiert. Abschließend verständigt sich der Ausschuss darauf, in einer der kommenden Sitzungen eine/n Experten/in einzubeziehen und gemeinsam einen Lösungsvorschlag zur Umsatzsteuerproblematik zu formulieren.

TOP 5

Künstlersozialkasse

Gespräch am 28. Februar 2019

Höppner berichtet von einem Gespräch mit der Künstlersozialkasse zur Anerkennung der Elementaren Musikpädagogik als Lehre der Kunst. Gemeinsam mit dem deutschen Tonkünstlerverband (DTKV), dem Verband deutscher Musikschulen (VdM) und Experten wurden mit der Leitungsebene der KSK die dafür notwendigen Voraussetzungen besprochen. Der Deutsche Musikrat habe in seiner Funktion als Vermittler das Gespräch zusammen mit Uwe Fritz von der KSK moderiert. Mit der Vereinbarung, einen von der KSK verfassten

Gesprächsvermerk anzufertigen, konnte eine einheitliche Basis geschaffen werden. Dieses Dokument sei fortan Gesprächsgrundlage für die Kommunikation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griese sei man bereits im Gespräch. Mixa berichtet, dass derzeit zwei Prozesse zu dieser Thematik mit der KSK laufen würden und u.a. Norbert Blüm (ehemaliger Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung) als Zeuge aussagen würde. Die KSK verfüge bereits über einen erheblichen Ermessensspielraum und versuche die Zahl der Berechtigten möglichst niedrig zu halten. Er fordert eine Sozialversicherungspflicht für alle und bittet, das Thema möglichst zeitnah voranzutreiben.

Zukunftsfähigkeit

Ratzke erläutert, dass die Altersversorgung der meisten freien Musikerinnen und Musikern unzureichend sei. Sie berichtet von einer Öffnung seitens des bayrischen Versorgungswerkes, welches freie Musiker und Musikerinnen für eine bessere private Altersvorsorge aufnehme. Derzeit sammle man weitere Informationen. Von verschiedenen Parlamentariern habe sie den Hinweis bekommen, die Zukunftsfähigkeit der KSK derzeit nicht zum Hauptthema zu machen. Höppner merkt an, dass dies als problematisch anzusehen sei und auch er den Hinweis erhalten habe. Ratzke bestätigt, dass derzeit keine Änderung absehbar sei. Mixa wirft ein, dass die geplante Grundrente für den Musikbereich aufgrund der Unterbrechungen der Beschäftigungsverhältnisse modifiziert werden müsse. Karmeier weist auf die Möglichkeit einer Zusatzrente hin. Gubler bestätigt, dass das Thema Grundrente bei den Diskussionen eingefügt werden müsse, um diese Lücken zu schließen. Karmeier merkt an, dass die Grundrente nicht nur im Musikbereich ein Thema sei, sondern in vielen künstlerischen Bereichen.

Forschungsbericht des BMAS - Digitale Verwertungsformen in der Kultur- und Kreativwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Künstlersozialversicherung

Karmeier informiert die Anwesenden über den Forschungsbericht, der im Vorfeld der Sitzung an die Mitglieder des Ausschusses zur Information versandt worden sei. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sei Auftraggeber dieser Studie und habe untersuchen lassen, wie sich die digitalen Verwertungsformen auf die Künstlersozialversicherung auswirken. Der zuständige Sachbearbeiter habe beim Deutschen Kulturrat davon berichtet. Es gehe darum, dass immer mehr künstlerische Produkte über Plattformen verteilt würden und diese schließlich sozialversicherungspflichtig seien. Die Problematik bestehe darin, dass nicht alle Plattformen Abgaben zahlen würden. An Firmen mit Sitz außerhalb Deutschlands, die keine Abgaben zahlen, könne man nicht herantreten. Im Bericht stehe, dass davon insbesondere der Bereich Musik betroffen sei. Die Verwertungsgesellschaften spielen als Treuhänder bei dieser Thematik eine große Rolle. Für einen Lösungsvorschlag seien Gesetzesänderungen notwendig. Karmeier werde den Ausschuss auf dem Laufenden halten.

TOP 6

Positionspapier zur sozialen Situation der Musikerinnen und Musiker

Karmeier erläutert, dass das Positionspapier zur sozialen Situation der Musikerinnen und Musiker aufgrund einer Anfrage des Kulturausschusses im Bundestag während der letzten Sitzungsperiode entstanden sei. TOP 2 des Protokolls vom 4. Juli 2017 sei vom Präsidium des Deutschen Musikrates noch verabschiedet worden, konnte jedoch dem anfragenden Ausschuss aufgrund von Neuwahlen nicht mehr weitergereicht werden. Karmeier berichtet, dass der DMR das Thema nicht zum ersten Mal behandle. In der Vergangenheit habe es bereits Kongresse zur „Zukunft der Musikberufe“ gegeben. Der erste Kongress habe 2007 in Rheinsberg stattgefunden, bei dem die Rheinsberger Erklärung verabschiedet worden sei. Diese Inhalte können als Basis für das zu erarbeitende Positionspapier dienen. Höppner plädiert dafür, mit bildhaften Beispielen in die Konkretisierung zu gehen, weil allgemeine Forderungen bereits existieren. Das primäre Ziel solle sein, an die aktuelle Bundesregierung heranzutreten.

Karmeier schlägt vor, das vorliegende Papier für eine Empfehlung an das Präsidium entsprechend umzuformulieren. Der Ausschuss diskutiert über den vorhandenen Text und einigt sich darauf, kein neues Papier zu erstellen, sondern das vorhandene Dokument im Umlaufverfahren gemeinsam zu modifizieren. Der Entwurf solle in eine der kommenden Präsidiumssitzungen eingebracht werden.

Top 7

Themen für folgende Sitzungen

Folgenden Themen werden zur Behandlung in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses vorgeschlagen:

- Umsatzsteuerproblematik (Mixa werde Hans-Jürgen Werner als Gast anfragen)
- KSK (ggf. Beiratsmitglieder einbeziehen)
- Bezahlung, Qualifikation, Reputation speziell an Musikschulen.

Top 8

Verschiedenes/Termine

Mixa merkt an, dass die kürzlich veröffentlichte Publikation Musikleben in Deutschland vom Deutschen Musikinformationszentrum (MIZ), keine Aussagen zur sozialen Lage der Musikschaffenden in Deutschland treffe und er sich als Datenbasis eine ausführlichere Kulturstatistik wünsche. Karmeier erläutert, dass das MIZ Daten sammle und bereitstelle, die von anderen Institutionen erhoben wurden. Die Publikation zeige den bestehenden Mangel auf. Höppner unterstreicht, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Generalsekretariat und MIZ sehr gut weiter entwickelt habe, was sich in der täglichen Praxis immer wieder unter Beweis stelle.

Die Terminabfrage für die nächste Sitzung soll per Doodle-Umfrage erfolgen.

Berlin, 01. Juli 2019



Hartmut Karmeier
Sitzungsleitung



Anne Ewert
Protokollführung